

Fax v.a. ab

DIE FREIEN

Im Nürnberger Stadtrat

FDP
Stadtrat Uitz W. Ullrich
Tel. 0911/20614-0
Fax 0911/20614-20

Freie Wähler Nürnberg
Stadtrat Konrad Schuh
Tel. 0911/305330
Fax 0911/936 0 964

Stadtrat Konrad Schuh 94777 Nürnberg, Neunhof

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Maly
Rathaus

90 317 Nürnberg

StR 12.06.2002

OBERBÜRGERMEISTER		
1 5. MAI 2002 / Nr.		
IV	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 z.w.V.	4 Antwort vor Ab- sendung von egen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Referat IV

1 5. MAI 2002

weiter an: *1. Ref. U*

☐ m.d.B. um Rücksprache

☐ zur Kenntnis

☐ z.w.V.

☐ zur Stellungnahme

☐ Antwort zur Unterschrift

für

☐ Wv.

☐ ☒ Kopie an:

☐ *12*

Präventive Maßnahmen an Nürnberger Schulen

Für die nächste Stadtratssitzung am 12. Juni stellen wir folgenden

Antrag:

Der Schulerferent berichtet über Maßnahmen, die infolge des Anschlags von Erfurt in Nürnberg ergriffen bzw. eingeleitet wurden.

Begründung :

Nach dem schrecklichen Ereignis von Erfurt sind Eltern, Lehrkräfte und Schüler besorgt, ob sich ein solches Ereignis nicht auch in unserer Stadt wiederholen könnte.

Welche vorbeugenden Maßnahmen wurden und werden ergriffen?

Ist das Schulerferat beim Sicherheitspakt beteiligt?

Wird das Jugendamt beim Verweisen von der Schule informiert – wenn ja, wie?

Wie erhalten Eltern von volljährigen Schülern davon Kenntnis?

Was wird sonst noch unternommen, um ein solch schreckliches Ereignis zu verhindern?

Mit freundlichen Grüßen

Konrad Schuh
Stadtrat



Sicherheitspakt für die Stadt Nürnberg
Partner für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Besprechungsprotokoll

der Sicherheitsbesprechung
am Dienstag, 30.04.02, 15.00 Uhr,
zwischen SRD, den städt. und staatlichen Schulämtern und der Polizei
anlässlich der Amoklage am 26.04.02 in Erfurt/TH

Anlage: Teilnehmerliste
Organigramm der PD Nürnberg bzgl. Schulverbindungsbeamten

Tagesordnungspunkte:

Einleitung

1. Amok-Lage an Schulen
2. Objektive Sicherheitslage
3. Subjektive Sicherheitslage
4. Schulobjektbezogene Fragen
5. Schülerbezogene Auffälligkeiten
6. Gefährdete Lehrkräfte
7. Modellprojekt PJS
8. Öffentlichkeitsarbeit
9. Sonstiges

(Anmerkung: Die Tagesordnungspunkte wurden teilweise zusammengezogen
oder überschritten sich thematisch.)



Sicherheitspakt für die Stadt Nürnberg

Partner für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Einleitung:

Nach der Amoklage in Erfurt (Ereignisse werden als bekannt vorausgesetzt) forderte das Bay. StMdl mit Fernschreiben v. 26.04.02 alle Polizeipräsidien u. a. dazu auf, mit den Schulen Kontakt aufzunehmen. Unabhängig davon sah auch die Stadt Nürnberg als Sicherheitsbehörde einen Bedarf daran, alle Verantwortlichen der tangierten Ämter an einen Tisch zu holen, um weitere Maßnahmen abzustimmen.

Die Sicherheitsbesprechung unter dem Vorsitz des Herrn SRD Dr. Frommer wurde gg. 15.00 Uhr im Rathaus eröffnet.

Hr. Dr. Frommer begrüßte die Teilnehmer und stellte insbesondere die Vertreter der Polizeidienststellen im Einzelnen vor.

(Anmerkung: Die Teilnehmer und deren Erreichbarkeit sind aus der beiliegenden Liste ersichtlich.)

Hr. Polizeidirektor Schlögl betonte, wie ernst die Polizeidirektion Nürnberg das Thema „Amok“ nimmt und sagte, dass eine Einsatzkonzeption intern umgesetzt werde, jedoch nicht zum Thema dieser Besprechung werden solle, vielmehr solle diese Zusammenkunft dazu dienen, mit den Eindrücken der Lage in Erfurt die weitere Zusammenarbeit abzustimmen, um insbesondere vor der Öffentlichkeit ein einheitliches Bild zu bieten.

1. Amoklage an Schulen

Chronologie der bisherigen Fälle

1983	1 Fall in Hessen
09.11.1999	Meisen (hier wird von dem Beginn einer neuen Ära gesprochen)
16.03.00	Brannenburg
19.02.02	Freising

Aufgrund der Häufung der Fälle und Verkürzung der Zeitabstände scheint hier ein Handeln dringend geboten. Das Problem ist oft der Zugriff der Gewalttäter auf legale Waffen. Bei den Lehrern breitet sich ein Gefühl der Verunsicherung aus und es ist anzunehmen, dass sich die Anfragen bei der Polizei häufen werden.

2. und 3. Objektive und subjektive Sicherheitslage

Darstellung der bisherigen Erkenntnisse

Die Sachlage wurde in den Medien bereits ausreichend dargestellt. Herr Schlögl teilte zur Orientierungshilfe für die Schulen ein Täterprofil des ehemaligen Erfurter Schülers aus. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies nur ein vorläufiges Täterprofil sein kann und hier kein Anspruch auf Vollständigkeit besteht.

Herr Straub der KD Nürnberg bestätigte das typische Täterverhalten und bekräftigt die Unauffälligkeit und gleichzeitigen Drang nach Anerkennung. Die spezielle Konstellation von Beeinflussung durch Videofilme bzw. Videogames, die geistige Reife und die Verfügbarkeit von Waffen spielen eine wichtige Rolle. Weiterhin handelt es sich um ein typisch männliches Rollenverhalten; die Durchsetzungsfähigkeit, der Kämpfer usw. Im Besonde-



Sicherheitspakt für die Stadt Nürnberg

Partner für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

ren spielte hier das mangelnde soziale Umfeld (aus der Gesellschaft zurückgezogen) eine wichtige Rolle, sowie die fehlende Ansprechbarkeit von Mutter und Vater (sei es faktisch oder aufgrund mangelnden Vertrauens). Nach Angaben von Herrn Straub könne dieser Vorfall überall geschehen, in der Großstadt, sowie auf dem Land.

Es könne hier aufgrund der Komplexität keine Patentlösung geboten werden, nur Anhalte für eine enge Zusammenarbeit.

Herr Frommer berichtete, dass es in Nürnberg 10.000 legale Waffenbesitzer gebe.

4. Schulobjektbezogene Fragen und 5. Schülerbezogene Auffälligkeiten Verbesserungs- und Reaktionsmöglichkeiten durch die Schule, Stadt und Polizei.

Herr Schlögl betonte nochmals, dass zwar von Seiten der Bevölkerung große Erwartungen an die Sicherheitsbehörden gerichtet werden, aber nur pragmatische Ziele angestrebt werden könnten. Bezüglich der Objektsicherung könne nur eine Beratung von Seiten der Polizei angeboten werden.

Hr. Dr. Wolz (Schulreferat) gab zu Bedenken, dass es hier für große Sicherungen keine finanzielle Möglichkeiten geben, und diese auch keinen Sinn machen würde. Bei der Videoüberwachung könne man z. B. einer Person nicht ansehen, ob sie ein Attentäter sei und aus diesem Grund sei eine Videoüberwachung auch nicht durchsetzbar.

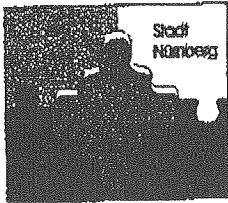
Eher käme in Betracht eine verhaltensorientierte Sicherung, d. h. Lehrer und Schüler müssten für Äußerungen von Schülern sensibler werden. Ihm sei ein Fall bekannt, wo ein erst 2-Klässler sagte: „Ich werde die Schule anbrennen, die Schule muss brennen!!“ Seine Bedenken seien, dass auch dieser Schüler älter und damit immer gefährlicher wird. Er fragte an, ob es möglich sei, Regelungen zu finden, sich an die Polizei wenden zu können, ohne eine Hysterie zu schüren und ob die Polizei hierzu bereit sei.

Unter Hinweis auf das Legalitätsprinzip werde versucht, hier einen Mittelweg zu finden (*Anmerkung: das Thema wird später nochmals aufgegriffen*).

Bezüglich Objektsicherung wurde darauf hingewiesen, dass seit dem Vorfall „Freising“ Türsicherungen in alle Schulen, die Bedarf gesehen haben, eingebaut wurden. Die Türen von den Schulen mit sehr vielen Eingängen (teilweise 7 – 8 Stck.) wurden so umgebaut, dass sie nur noch von innen und nicht mehr von außen zu öffnen seien.

Die Erreichbarkeit des Hausmeister (evtl. in sog. Logen) wurde hier zum zentralen Thema. Dieser Punkt wird aber auf einen anderen Termin vertagt, auf die Schulen allgemein wird hingewirkt werden, Obacht zu geben und fremde Personen auch mal anzusprechen, falls sie sich im Schulgebäude aufhalten.

Dies bekräftigte auch Hr. Schlögl (PD N, SG Einsatz), eine Schulobjektsicherung ist nicht als alleiniger Sicherheitsaspekt anzusehen. Herr Straub (KD Nürnberg) forderte, dass die Schulverbindungsbeamten stärker als Vertrauensperson für die einzelnen Schulen einzubinden, wie es sich auch beim Rauschgiftkonzept schon bewährt hatte. Er gab hier nochmals den Hinweis auf K 34, die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle. Dort könne man um-



Sicherheitspakt für die Stadt Nürnberg

Partner für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

fassend eine technische, persönliche und verhaltensorientierte Beratung in Anspruch nehmen. Ein absolutes Absichern der Schulen sei nicht sinnvoll und nicht durchführbar, da der normale Schulbetrieb möglichst wenig beeinträchtigt werden solle.

Herr Heß (KD N, Dez. 3) plädierte gegen die Wegschaumentalität. Die gesellschaftstypische Verhaltensweise sei sicherlich auch auf die Schulen umlegbar. Herr Schlögl bekräftigte dies und sagte, fremde Personen müssten frühzeitig angesprochen werden. Sollte man den Eindruck haben, selbst nicht mehr weiterzukommen, sollte man die Polizei anrufen und um Unterstützung bitten, auch in vagen Fällen.

(Anmerkung: An dieser Stelle wurde ein Organigramm ausgeteilt, in welchem die Inspektionen mit den jeweiligen Stadtteilen und Schulverbindungsbeamten verzeichnet sind. Dieses liegt dem Protokoll nochmals bei.)

Hr. Dr. Frommer weist nochmals auf das Legalitätsprinzip der Polizei hin. Als Mittelweg wurde die Verständigung des OA oder eine Formulierung gegenüber der Polizei in der „was wäre wenn...“-Form möglich, da die Polizei nur bei konkreten Anhaltspunkten für eine Straftat eine Anzeige erstatten müsse.

Nach dieser Besprechung auf Schulamtsleitererebene werden Direktorenkonferenzen folgen müssen (ca. 4 Stck.) worin das hier gesagte an die Schulleitungen weitergegeben wird.

6. Gefährdete Lehrkräfte

Präventions-/Repressionsmöglichkeiten durch die Schule, Stadt und Polizei.

Vorrangig müssen langfristige pädagogische Ziele angestrebt werden, die Medien müssen wieder als Hilfsmittel angesehen werden. Der richtige Umgang mit den Medien gelernt werden.

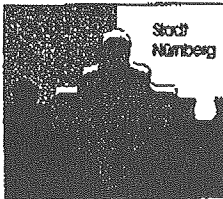
Insbesondere Problemschülern (siehe Ausweglosigkeit des Erfurter Schülers, dessen Lebenslüge droht vor den Eltern zusammenzubrechen) muss verstärkt Hilfe angeboten werden. Die Direktorenkonferenz muss pädagogische Überlegungen erarbeiten, die dann in Konzepte einfließen müssen.

Dr. Frommer bringt die Überlegung mit ein, inwieweit die Verwahrlosung des Umfeldes der Schule ein Faktor ist. Hr. Dr. Wolz meinte, dass eher die psychische und pädagogische Verwahrlosung der Faktor seien, wobei aber sowohl bei der inneren als auch äußeren Verwahrlosung Alarmglocken schlagen müssten.

Herr Dr. Frommer fragte alle Teilnehmer, ob denn Fälle der Gewalt mit Waffen an Schulen bekannt seien. Diese Frage wurde von allen Anwesenden verneint. Lediglich 1996/97 gab es in einer Schule anlassunabhängig eine schlagartige Kontrollaktion der Polizei, bei der zahlreiche Waffen in den Büchertaschen der Schüler gefunden wurden.

7. Modellprojekt PJS

Herr Maly sprach das seit 4 Jahren bestehende Modellprojekt PJS an (Kooperation Polizei-Jugendhilfe-Sozialarbeit mit Förderung des Landes Bayern) und wies darauf hin, dass über den ASD und die Jugendhilfe den Familien Hilfsangebote gemacht würden. Er wies extra nochmals auf das bestehende Krisentelefon hin.



Sicherheitspakt für die Stadt Nürnberg *Partner für die öffentliche Sicherheit und Ordnung*

8. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit sollte sich auf grundsätzliche Aussagen beschränken.

Für den Bereich der Polizei ist hier die Pressestelle des Polizeipräsidiums zuständig.

Da für den Bereich der Schulen dies nicht so einheitlich geregelt ist, ist auf eine inhaltliche Gleichaussage zu achten:

Technische Objektsicherung wenig sinnvoll

Erklärungen bezgl. der anderen Professionen sind zu unterlassen

Evtl. Hinweisen wird nachgegangen

Inhaltliche Deeskalation, nicht reißerisch

Keine Hinweise auf Videoüberwachung, Hubschrauberüberwachung, oder spezielle Streifengänge, da dies die Bevölkerung verunsichern würde. .

Die Regelung war dringend notwendig, da von Medien (NN u. a.) schon Anfragen kamen.

Der enge Kontakt zwischen den Behörden muss beibehalten werden.

9. Sonstiges

Herr Kuch (OA) wird an die Schießvereine herantreten und darauf hinweisen, die Bedürfnisprüfung genau durchzuführen.

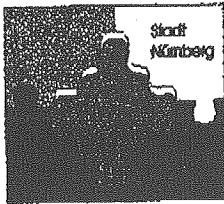
Er betonte hier, dass Meldungen von Stellen außerhalb des OA sehr wichtig seien, um die Zuverlässigkeit eines WBK-Inhabers zu beurteilen, gerade wenn nach Erteilung der WBK Umstände auftreten, die bei Erteilung noch nicht bekannt gewesen seien und die Geeignetheit zweifelhaft erscheinen lassen. Das gleiche gelte für WBK freie Waffen, bei denen ein generelles Waffenbesitzverbot ausgesprochen werden könne. Herr Kuch appellierte hier an die Schulen, sog. Protzen mit Waffen sofort weiterzumelden, damit das OA hier Maßnahmen ergreifen könne.

Herr Dr. Frommer erklärte, eine generelle Verweigerung der Ausstellung von WBK (wie in Berlin) sei verwaltungsgerichtlich nicht haltbar und diese Linie werde in Nürnberg nicht verfolgt. Das Bedürfnis müsse aber sehr genau geprüft werden (Pumpgun für Combat-schießen).

Herr Schlögl stellte dar, dass es in Nürnberger Schulen in 5 Jahren nur 56 Straftaten mit Waffen gegeben habe, im Einzelnen

Schreckschusspistolen	7 x
Gaspistolen	5 x
Luftdruck/Softairpistolen	5 x
Schlagring	7 x
Messer	8 x
Sonstiges (Steine/Latten..)	24 x

Auch wenn sich „56 Straftaten“ im ersten Moment sehr viel anhört, ist es doch, wenn man den Zeitraum von 5 Jahren betrachtet und die Gesamtkriminalität, sehr wenig.



Sicherheitspakt für die Stadt Nürnberg

Partner für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Herr Geyer (KD N) weist auf die Gradwanderung zwischen pädagogischer Hilfe und Strafverfahren (mit den damit verbundenen Folgemaßnahmen) hin. Die Schulverbindungsbeamten wären wegen der Vertrauensstellung die richtigen Ansprechpartner für die Schulen. Auf die Möglichkeit der Durchsuchung der Büchertasche nach dem Hausrecht wurde hier hingewiesen, falls es in der Schulordnung verankert ist. Dies wurde von den Schulvertretern bejaht.

Herr Straub machte nochmals deutlich, dass die „Gewöhnung an Gewalt“ ein Gesamtgesellschaftliches Problem sei. Die Polizei könne sich nur anbieten, die zuerst geforderten Stellen sei aber die Stadt mit den Einrichtungen ASD und JA.
Die Polizei könne nur in die Rolle des Mitwirkenden treten und nicht die Rolle der Schule übernehmen.

Trittbrettfahrer

Es habe in den letzten 5 Jahren erst einen Fall gegeben und dies war in jüngster Vergangenheit (wurde ausgiebig erörtert). An solche Gefahrenverursacher werde offensiv herantreten und eine sog. „Gefährderansprache“ getroffen. Diese hat den Zweck der Herauslösung aus der Anonymität mit dem Tenor „Wir kennen Dich und wissen, was Du vorhast“.

Zusammenfassung

Herr Dr. Frommer fasste die Besprechung zusammen. Er sagte dass dies nur die erste der vielen Besprechungen sei und diese Hauptbesprechung nun nach „unten“ weitergegeben werden müsse. Bei der nächsten Ebene sei die Hinzuziehung der Schulpsychologen sinnvoll.

Eine individuelle Betreuung von Problemschülern durch den Schulträger sei sehr wichtig, die Polizei könne hier nicht tätig werden. Nur bei konkreter Bedrohung könne professionelle Opferhilfe durch die Polizei geboten werden. Die Polizei stehe natürlich auch bei vagen Ängsten durch die anderen Institutionen beratend zur Verfügung. Die PP, KD, PD, SRD und das OA stelle sich hier zur Verfügung, aus diesem Grund wurden auch die Telefonnummern der Beteiligten verteilt.

Das gesamte Thema werde ähnlich dem Verfahren im „Anthrax-Fall“ behandelt. Die gute Kooperation, wie für die Stadt Nürnberg üblich, soll fortgesetzt werden, auf dass uns schlimmeres erspart bleibe.

Gefertigt:

Robert Grieb

Polizeikommissar

PD Nürnberg, SG E 3,

Büro für den Sicherheitspakt

Tel. 0911/211 -2313

Fax -3335

PI Ost

Erlenstegenstr. 18
90491 Nürnberg
Tel. 91 95 - 115
Leiter:
PD Ingo Wittassek

PI Mitte

Jakobsplatz 5
90402 Nürnberg
Tel. 211 - 24 15
Leiter:
PD Werner Süßmann

PI Süd

Saarbrückener Str. 1
90469 Nürnberg
Tel. 94 82 - 115
Leiter:
PD Kurt Benisch

PI West

Lenastr. 5
90431 Nürnberg
Tel. 32 65 - 115
Leiter:
z. Zt. ohne Stellvertr.
EPHK Georg Böttisch

zuständig für:

Birnthon, Buchenbühl, Brunn, Erlenstegen,
Fischbach, Gleilhammer, Großreuth h.d.V.,
Kleinreuth h.d.V., Laufamholz, Lohe,
Maxfeld, Mögeldorf, Netzstall, Ranweg,
Schafhof, Schoppershof, St. Peter, St. Jobst,
Zabo, Ziegelstein, Weigalshof, Wöhrd

Gesamte Altstadt

Altenfurt, Bauernfeind, Dutzendteich,
Eibach, Falkenheim, Gartenstadt,
Gaulnhofen, Gibitzenhof, Grueth,
Hasenbuck, Herspersdorf, Holzheim,
Hummelstein, Katzwang, Kettlersiedlung,
Kornburg, Krottenbach, Langwasser,
Lichtenhof, Maiach, Moorenbrunn,
Mühlhof, Reichelsdorf, Steinbühl,
Weiherhaus, Werderau, Worzeldorf,
Zollhaus

Almoshof, Boxdorf, Buch, Doos, Eberhardshof,
Eibach, Gebersdorf, Großreuth, Gostenhof,
Großgründlach, Höfles, Kleingründlach,
Kleinreuth, Kleinweidenmühle, Kraftshof,
Johannries, Leonhard, Leyh, Muggenhof,
Neunhof, Neureuthenbach, Neunrathls, Reutles,
Röthenbach, Schnepfenreuth, Sohniegling,
Sohmalau, Solzweinau, Seeleinsbühl,
Stindersbühl, Thon, Wetzendorf

Schulverbindungs- beamter	Werner WÜRFEL Tel. 91 95 - 130 Harald MOHR Tel. 91 95 - 150	Roland PECH, Tel. 211 - 24 78 Petra WÖRLEIN Tel. 211 - 24 72	Manfred STURM Tel. 94 82 - 172	Karl ROBL Tel. 32 65 - 188
Rauschgiftschulver- bindungsbeamter	Wolfgang STRETZ Tel. 91 95 - 148	Matthias JOHN Tel. 211 - 24 32	Uwe PLÖTZER Tel. 94 82 - 148	Gerd RÜCKER Tel. 32 65 - 162

Wache Rathaus

Theresienstr. 2
90403 Nürnberg
Tel. 20 60 70

PSt. Langwasser

Neusalzer Str. 2
90473 Nürnberg
Tel. 81 88 380

Stand 30. April 2002
Erstellt: FK Gösch

Hulafe 2

Stadt Nürnberg – Schulreferat und Pädagogische Dienste

Stichwort Erfurt

vorbeugen und kompetent reagieren

Im Zusammenhang mit dem Geschehen in Erfurt findet auch in Nürnberg ein intensives Nachdenken über den Alltag an Schulen statt. Was muss sich ändern, damit schulbezogene Frustration und Aggression weniger werden? Die Veranstalter wollen Ansätze der Prävention und Intervention aufzeigen.

Termin: 15. Juli 2002

Zeit: 9.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Berufs-Bildungs-Zentrum (BBZ), Raum 013

Vormittag

Vortrag

➤ NN:

Nachdenken über Erfurt

Workshops

➤ Pädagogisches Institut:

**Veränderte Schul- und Unterrichtskultur
als Beitrag zur Integration**

➤ Schulsozialpädagogik Nürnberg:

Konfliktlösungstraining im Unterricht und Streitschlichter

Plenum

Nachmittag

Workshops

➤ Schulpsychologischer Dienst:

Sensibler Umgang mit Schülern und Lehrer-Schüler-Konflikte

➤ Xenos Nürnberg:

Konflikte mit interkulturellem Hintergrund

Plenum

Anmeldeschluss:

Freitag 21. Juni 2002

Kontakt zu den Pädagogischen Diensten:

Pädagogisches Institut:

231 25 19

Schulpsychologischer Dienst:

27 78 68-0

Schulsozialpädagogik:

43 96 516

Xenos:

58 63 439

Veranstaltungsort:

BBZ, Äußere Bayreuther Str. 8;

zu erreichen mit der U 2, Haltestelle Schoppershof.

Pressegespräch Mittwoch, 15. Mai 2002

**Konsequenzen aus Erfurt – Gewaltprävention in Nürnberger Schulen
und in der Kinder- und Jugendarbeit**

**In Nürnberg gibt es bereits seit vielen Jahren zahlreiche Angebote zur
Gewaltprävention.**

Stichpunktartige Aufzählung der Aktivitäten:

Streitschlichterprogramme in Schulen (bereits in fast 20 Schulen eingeführt)

Spezielle Präventionsansätze

- „Rahmenplan Suchthilfe“
- JUMP
- „Flirpse“ (Maßnahmen im Kindertagesstätten
- Ausstellungs- und Aktionsprojekt boys & girls für Schulen
- „Schule-Konflikt-Mediation“
- Info-Folder zu illegalen Drogen
- XTC-Präventionsprojekt enterprise
- Drogennotfall-Hilfe

Darüber hinausgehende Ansätze im Bereich

- Ess-Störungen „Ich habe essen satt!“
- Sexuellen Mißbrauch

Hilfestellungen im Bereich von Erziehungsfragen, wie

- das „Wohlfühl-Haus“

Aktueller Schwerpunkt ist die „Kampagne Erziehung“ als Handlungsfeld im „Bündnis für Familie“, wo es um Hilfe, Information und Unterstützung von Erziehenden und um die richtigen Bedingungen für Erziehung geht.

Erzieherische Hilfen

Im Bereich der erzieherischen Hilfen und der Jugendgerichtshilfe werden eine Reihe von Maßnahmen für aggressive und gewaltbereite Jugendliche angeboten:

- Soziale Gruppenarbeit und Trainingskurse
- verschiedene Angebote im Rahmen von Auflagen und Weisungen bei Jugenddelinquenz (Arbeitseinsatz, Antiaggressionskurs)

- besonders gefährdete Mitarbeiter/innen (z.B. im Bereich des Kinder- und Jugendnotdienstes) werden in spezifischen Deeskalations- und Selbstverteidungskursen (KIDO-Projekt) qualifiziert
- Qualifikationsangebote im Bereich von Konfliktmediation
- spezielle Angebote der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung

Gesetzlicher Jugendschutz

Im Rahmen des gesetzlichen Jugendschutzes geht eine Stelle (1/2 Personalstelle) im Jugendamt Hinweisen über Gewalt verherrlichende und pornografische Medien (Print, Film, Video, Computerspiele, Internet) nach.

Beratungsangebote

Mit dem Arbeiter-Samariter-Dienst (ASD) und den Erziehungsberatungsstellen gibt es in Nürnberg ein gut erreichbares Netz an gut erreichbarer professioneller Hilfe und Unterstützung bei Erziehungsschwierigkeiten.

Aktuell: Telefonisches Beratungsangebot (Telefon 0911 / 231 - 55 87, Montag bis Donnerstag 12 Uhr bis 14 Uhr) an. Ein Angebot, das vor allen für Schulkinder und deren Eltern interessant ist.

Kindertagesstätten:

- Weiterentwicklung der interkulturelle Erziehung,
- Förderung der Spracherziehung dadurch auch verbale Konfliktlösungen,
- besondere Beachtung des Sozialverhaltens
- Beispiel Preis: Menschenrechtserziehung
- Projekt: Kindertagesstätten als „Orte für Familien“ im Stadtteil zu öffnen

Bildungsarbeit in Einrichtungen des Kulturreferates, z.B. Jugendzentrum für politische und kulturelle Jugendarbeit:

- Angebote zur Persönlichkeitsentfaltung und –stabilisierung
- Menschenrechtserziehung z.B. im Studienforum am Dokuzentrum

Kooperation Polizei – Jugendamt – Sozialbehörden PJS – Modellprojekt seit 1998

Schulkontaktbeamte

Ambulanter Kriseninterventionsdienst des Gesundheitsamtes

Maßnahmen aufgrund der Ereignisse in Erfurt:

Gemeinsame Sicherheitsbesprechung Polizei und Direktorium Sicherheit und Recht mit Schulreferat, städtische und staatliche Schulämter (Ministerialbeauftragte) und dem Allgemeinen Sozialdienst

Überprüfung der Waffenbesitzkartenpraxis beim Ordnungsamt

Gespräch mit Schützenvereins-Vorständen

Sicherheitsmaßnahmen an Schulen (z.B. Umbau der Türen von Schulen mit vielen Eingängen, dass sie nur noch von innen zu öffnen sind)

Weitere Maßnahmen, die bereits geplant sind, bzw. noch initiiert werden müssen:

Direktorenkonferenz in allen Schulbereichen zum Thema „Klima an der Schule“ und Umgang mit Problemschülern. Mit Schulpsychologen, Pädagogen und Polizei.

XENOS: Konflikte mit interkulturellem Hintergrund bearbeiten

Verstärkte **Medienerziehung** um kritische Distanz zu Gewaltvideos und –spielen zu erreichen.

Verstärkte **Schulung der Beratungslehrer:** Kompetenzerweiterung, um Schülern weiterhelfen zu können, z.B. wenn diese die Schule verlassen müssen – welche Angebote gibt es sowohl bei den anderen Schultypen als auch an Beratungsangeboten (schulische/berufliche Weiterbildung, Krisenberatung...).

Am 15. Juli ist eine ganztägige **Veranstaltung** zum Thema „Vorbeugen und kompetent Reagieren“ geplant. Veranstalter: Pädagogisches Institut der Stadt Nürnberg, Schulsozialpädagogik, Schulpsychologischer Dienst, Xenos.

Ausbau **Ganztagesangebote** für Schulkinder

Ausbau der Angebote **Jugendsozialarbeit an Schulen** mit Förderung des BayStM für Arbeit und Sozialordnung (50% Förderung) durch das Jugendamt an weiteren Hauptschulen, wie sie bereits erfolgreich an den Schulen Preißler- und Schnieglingerstraße durchgeführt wird.

Verstärkte Kooperation staatlicher und städtischer Instanzen (Sozial-, Schul-, Kulturreferat, Schulaufsichtsbehörden, Direktorium Sicherheit und Recht, Polizei)

Die vielfältigen **positiven Ansätze** von Kindergärten und Grundschulen, Horten und Schulen, Mittagsbetreuung, Schülertreffs, Ansprechpartner ASD für die einzelnen Schulen usw. müssen **systematisiert und weiterentwickelt** werden, Ziele sind:

- bessere Information von Lehrer/innen über Angebote und Hilfesystem,
- Fortführung evtl. Intensivierung des „Schulschwänzerprogramms“,
- gemeinsame Fortbildung, insbesondere Beratungslehrer und Schulleitungen,
- Aufbau eines Systems zwischen Schule und Jugendhilfe, Schüler/innen mit gravierenden Schulproblemen bzw. Auffälligkeiten und Schulverweis nicht allein zu lassen.

Kinder- und Jugendarbeit

- Sicherung und Weiterentwicklung bestehender Infrastruktur an Angeboten offener Kinder- und Jugendarbeit
- Schaffung von Spielräumen (Öffnung Schulhöfe!)
- Aktionen wie „Nightskates“, „Basketball um Mitternacht“
- Weiterentwicklung der „Mädchenarbeit“ und vortasten im Bereich von „Jungenarbeit“

Besonders spannend wäre eine Initiative und Bündelung der Aktivitäten im Bereich **„sportlicher Jugendarbeit“** (evtl. als Teil der „Bewegungsoffensive“) zwischen Sportverbänden, Schulen, Studios und den erwähnten Aktivitäten der Jugendarbeit

Nürnberg, 15. Mai 2002

x x x x

STADT NÜRNBERG
SCHULREFERAT

Herrn Dr. Hanschel
Ministerialbeauftragter
für die Gymnasien in Mittelfranken
Löbleinstr. 10

90409 Nürnberg

DR. DIETER WOLZ
Schulreferent
Berufsmäßiger Stadtrat

Rathaus Hauptmarkt 18
D - 90317 Nürnberg

Telefon: (0911) 231-7494
Telefax: (0911) 231-7450
E-Mail: schulreferat@stadt.nuernberg.de

Nürnberg, 31.05.2002

Sehr geehrter Herr Dr. Hanschel,

zunächst möchte ich mich bei Ihnen sehr herzlich für die Teilnahme an der Amtseinführung bedanken. Ich werte dies als Zeichen der persönlichen Verbundenheit und als positives Signal dafür, dass wir unsere sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit auch in der neuen Konstellation fortsetzen werden.

Mittlerweile haben sich die Überlegungen zu einer gemeinsamen Direktorenkonferenz hier konkretisiert. Bezüglich der Terminierung zeigen Rücksprachen, dass zum Schuljahresende schwer ein Tag zu finden ist, der für beide MB-Dienststellen und für alle Direktoren/-innen der Gymnasien und Realschulen geeignet ist. Daher schlage ich vor, einen Termin etwa in der ersten Oktoberwoche ins Auge zu fassen. (Bereits am 11. Juli findet eine ähnliche Veranstaltung mit den Leitern der beruflichen Schulen statt, so dass ich die dort gewonnenen Erfahrungen bzw. Erkenntnisse in unsere gemeinsame Konferenz einbringen kann).

Ich schlage vor, dass wir in die Konferenz Fachleute einbeziehen, einen Vertreter der Polizeidirektion, den Leiter des schulpsychologischen Dienstes, den Leiter der Schulsozialpädagogik und einen Vertreter der Jugend- bzw. Familienbehörde. Wir könnten dann diese Experten jeweils zu Wort kommen lassen und so sicher genug Stoff für eine lebhafte und weiterführende Diskussion gewinnen, ohne der Konferenz einen direktiven Charakter zu verleihen.

Ich bitte Sie, diesen Vorschlag zu prüfen und gerne auch Änderungen einzubringen.

Gleichlautendes Schreiben geht an Herrn Ministerialbeauftragten J. Lobenhofer.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dieter Wolz

Dr. Dieter Wolz

